



das wochenend

Kuhles Modelabel setzt auf Milchfasern

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 16./17. Februar 2013 68. Jahrgang/Nr. 40 • Berlinausgabe 1,90 €

Meteorit schlug in Russland ein

Fast 1000 Verletzte im südlichen Ural

Berlin (nd/Agenturen). Ein Meteorit ist am Freitag nahe dem südlichen Uralgebirge in Russland eingeschlagen. Offenbar wurden rund 950 Menschen verletzt und Gebäude in großer Zahl beschädigt. Was immer wieder Stoff von Katastrophenfilmen und Sciencefiction-Literatur ist, kommt auch in der Realität und zwar mehrfach im Jahr vor. Dass dabei bewohnte Gegenden getroffen werden wie am Freitag im Gebiet Tscheljabinsk, ist allerdings die Ausnahme. Bei zwei Dritteln der Fälle habe es sich um leichte Verletzungen durch umherfliegende Glassplitter oder andere Materialien gehandelt, berichteten Agenturen. Allein in Tscheljabinsk hätten sich mehr als 750 Menschen in ärztliche Behandlung begeben. Im Internet verbreitete Aufnahmen von Amateurfilmern zeigten einen hellen Schweif, der sich über dem wolkenlosen Morgenhimmel erstreckte. Ursache der Zerstörungen ist offenbar die Druckwelle, die den Einschlag begleitete. Vermutlich handelte es sich um mehrere Teile eines außerirdischen Gesteinsbrockens, die um 9.20 Uhr Ortszeit (4.20 Uhr MEZ) am Himmel erschienen waren. Einige Meldungen sprachen von einem Meteoritenschauer.

Am Freitagabend wurde zudem ein Asteroid erwartet, der in 30 000 Kilometern Entfernung die Erde passieren sollte. Er stelle allerdings für diese keine Gefahr dar, hieß es. Allenfalls Satelliten in der Umlaufbahn könnten getroffen werden. *Tagesthema Seite 2*

Eine enge Gasse für großes Leid

Bestes Pressefoto 2012 zeigt Trauer um getötete Kinder im Gaza-Streifen



Berlin (nd). Tote Kinder – der emotionale Stich ins Herz des Betrachters ist unabwendbar. Wer in die Gesichter auf diesem Foto sieht, die der Toten wie die der Lebenden, wird für die Tötung dieser jungen Menschen keine Rechtfertigung gelten lassen; welcher Grund auch immer vorgebracht werden mag.

Suhaib Hijazi, zwei Jahre alt, und ihr Bruder Muhammad, drei Jahre, starben gemeinsam mit ihrem Vater, als am 20. November eine israelische Bombe in ihr Haus in Gaza-Stadt

erschlug und sie augenblicklich tötete. Solch Geschehen charakterisiert diesen israelisch-palästinensischen Konflikt; ebenso die Art, wie dessen Akteure – in diesem Fall israelische – töten. Und es ist auch überhaupt keine Ausnahme, dass die Kriegesopfer minderjährig sind.

Die internationale Jury des World-Press-Photo-Preises hat dieses Bild auch deshalb zu ihrem »Besten Pressefoto des Jahres 2012« gekürt. Entnommen hat es Paul Hansen von

der Stockholmer Zeitung »Dagens Nyheter«. Auch die weiteren ausgezeichneten Bilder illustrieren Krieg und Tod im Nahen Osten. Den zweiten und dritten Platz belegten Fotos aus der umkämpften syrischen Großstadt Aleppo. Sie stammen von dem Italiener Fabio Bucciarelli und dem US-Amerikaner Javier Manzano. Bei der Jury waren in diesem Jahr über 103 481 Aufnahmen von 5666 Fotografen aus 124 Ländern eingereicht worden.

Foto: AFP/World Press Photo/Paul Hansen

Gastkolumne

Linker Präsident und seine Basis

Von Andreas Behn

Die Linke in Lateinamerika steht vor einem neuen Wahlerfolg. Ecuadors Präsident Rafael Correa wird für Sonntag ein klarer Sieg im ersten Wahlgang vorausgesagt. Sollten die Umfragen zutreffen, kann der Ökonom in einer dritten Amtszeit sein Projekt des »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« weiter ausbauen.

Correas Regierung ist Teil des fortschrittlichen Umbruchs, der die politische Landschaft des Subkontinents seit Beginn des Jahrtausends grundlegend verändert hat. In der Mehrheit der Länder wurde die althergebrachte konservative Elite von der Macht verdrängt – und damit eine Politik, die weder die Interessen des eigenen Landes noch eine Umverteilung des vorhandenen Reichtums zum Ziel hatte. Unter Correa gehört Ecuador zu den Staaten, die wie Venezuela und Bolivien in diesem Prozess auf einen radikalen Wandel setzen. Anders verhält es sich etwa in Brasilien und Argentinien, in denen Mitte-links-Regierungen auf Koalitionspartner angewiesen sind oder weniger Rückhalt von starken sozialen Bewegungen haben. Gemeinsames Merkmal all dieser Länder ist jedoch, dass soziale Gerechtigkeit erstmals ein wesentliches Element der Regierungspolitik darstellt.

Es ist nicht verwunderlich, dass dieser Umbruch in den Industriestaaten, die mit den korrupten Eliten stets gute Geschäfte machen konnten, auf wenig Gegenliebe trifft. Wie in den einheimischen Privatmedien sind auch hierzulande alle Mittel recht, den neuen Kurs oder ihre Protagonisten zu diffamieren. Schnell wird von diktatorischen Zuständen gesprochen, jede Regung der nun konservativen Opposition wird als Zeichen von Überdrüssigkeit der Bevölkerung bewertet. Sogar höchst notwendige Sozialprogramme wie der



Andreas Behn

Der Journalist und Soziologe lebt in Rio de Janeiro und berichtet u.a. für »nd« über Lateinamerika.

Foto: privat

Unten links

Europas Verbraucher werden mit jedem Tag stärker gepferdet: In französischen Tiefkühlprodukten ist jetzt das Schmerzmittel Phenylbutazon gefunden worden. Das Medikament ist alles andere als harmlos. Deutsche Experten verweisen darauf, dass der Konsum entsprechend belasteter Produkte zu Unempfindlichkeiten führen kann, die sogar den Dauerkonsum von TV-Sendungen wie »ZDF-Fernsehgarten« und »Immer wieder sonntags« erlauben. Allerdings steigen damit auch die physischen Möglichkeiten zur Teilnahme an Massensportveranstaltungen wie »Schlag den Raab« oder Tour de France. Entgegen anderslautenden Gerüchten hat indes der Vorstoß, Ringen von der Liste olympischer Disziplinen zu streichen, nichts mit dem aktuellen Pferdefleischskandal zu tun. Hintergrund ist vielmehr das unsportliche Gebaren von Papst Benedikt XVI. Das IOC ist der Ansicht, der Mann habe vor der Ankündigung seines Rücktritts als Kirchenoberhaupt viel zu lange mit sich selbst gerungen. *ibo*

www.neues-deutschland.de twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise Tschechien 65/75 CZK Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



Kinder werden arm gespart

Caritas warnt vor Heranwachsen einer »verlorenen Generation« in Europa

Von Ralf Streck, Madrid

In den Krisenländern Europas gibt es immer mehr arme Kinder. Schuld daran sind auch die harten Sparprogramme der EU.

Das Ergebnis einer Studie von Caritas Europa, in der Auswirkungen der Krise auf Kinder untersucht wurden, könnte kaum dramatischer sein: Mit Bezug auf Daten der EU-Kommission stellt die katholische Hilfsorganisation fest, dass in Griechenland, Spanien, Italien, Portugal und Irland durchschnittlich ein Drittel aller Kinder in Armut oder am Rand derselben leben. Es wachse eine Generation schlecht ernährter junger Menschen mit pessimistischer Stimmung und fatalen Zukunftsaussichten heran, so der Verband.

Der Generalsekretär von Caritas Europa Jorge Nuño-Mayer, hofft darauf, dass die Ergebnisse dazu führen, »dass die Politiker geeignete politische Maßnahmen ergreifen, mit der Krise umzugehen«. Vertreter aller Hilfsorganisationen in den fünf Ländern, denen im Rahmen von Rettungsmaßnahmen mas-

sive Sparauflagen gemacht wurden, sagen aus, dass viele Kinder nicht einmal mehr ausreichend mit Essen versorgt werden.

Die Caritas stellt fest, dass immer mehr Kinder hungrig in die Schule gehen. In Portugal blieben über Weihnachten Schulkantinen geöffnet, weil Kinder sonst nichts oder zu wenig zu essen bekommen hätten. In Griechenland sollen nun in Schulen Coupons für Milch, Früchte und andere Lebensmittel verteilt werden, kündigte das Bildungsministerium an. In den vergangenen Wochen waren immer wieder entkräftete Kinder in der Schule in Ohnmacht gefallen.

Die Studie macht für die Verarmung der Kinder die Sparprogramme verantwortlich. So litten in Griechenland und Spanien 2011 – neuere Zahlen liegen nicht vor – schon 30 Prozent der unter 18-Jährigen unter Armut oder stünden an der Armutsgrenze. Das sei eine Zunahme um vier Prozentpunkte seit 2005. In Portugal und Italien lag der Wert nur knapp darunter, während es in Irland schon fast 40 Prozent der

Kinder trifft. Die über die harten Sparprogramme angeheizte Erwerbslosigkeit ist oft für Armut verantwortlich. In Griechenland und Spanien liegt sie bereits fast bei 27 Prozent, womit eine dramatische Verarmung einhergeht. Eine Sozialhilfe nach deutschem Muster gibt es meist nicht. In Spanien erhalten zwei Millionen Menschen keinerlei staatliche Hilfe.

Für die frühere irische Europaparlamentarierin Deirdre de Burca zeigt der Bericht, dass »Kinder das größte Armutsrisi-

ko haben.« Für die Direktorin für Sozialpolitik bei Caritas Europa ist klar, dass die Kleinsten besonders unter der Streichung von Sozialleistungen, Kürzungen von Arbeitslosengeld, Steuererhöhungen und Maßnahmen leiden, die Familien Kaufkraft entziehen. Diese hätten »extrem negative Auswirkungen auf das Leben schutzbedürftiger Menschen«, so die Caritas.

Der Verband bezeichnete die Sparprogramme deshalb als gescheitert und forderte eine neue Prioritätensetzung und eine gleichmäßige Verteilung der Krisenlasten. Die derzeitige Politik führe in eine Katastrophe: »Das könnte nicht nur ein Rezept für eine verlorene Generation in Europa sein, sondern für mehrere verlorene Generationen.« Die EU müsse gegensteuern – Armut schwäche Schulleistungen und wirke sich negativ auf das Arbeitsleben aus. Bei jungen Menschen mache sich Hoffungslosigkeit breit. In Griechenland und Spanien haben knapp 60 Prozent der unter 24-Jährigen keinen Job. In Portugal, Italien und Irland sind es bereits zwischen 30 und 40 Prozent. *Kommentar Seite 8*

das wochenend

THOMAS OSTERMEIER Der Regisseur über den Begriff Lebenswerk.... W1

KONFLIKTHERD MALI Geht es um Uran oder um Menschenrechte?..... W6

DEBATTE: KOLUMBIEN Ist der bewaffnete Kampf legitim?..... W11